

schrieben werden. Gewiss werden besonders Lehrer und Universitätsdozenten immer wieder für ihre Zwecke reiches Instruktions- und Anschauungsmaterial aus dem Buch gewinnen können.

Leipzig

Andreas R. Hofmann

¹ In der Zwischenzeit ist eine deutsche Fassung der hier besprochenen Publikation erschienen, die dem Rezensenten bei Redaktionsschluss noch nicht vorlag: WITOLD SIENKIEWICZ u.a.: Atlas Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung. Ostmitteleuropa 1939-1959, Warszawa 2009.

Prager Frühling, Das internationale Krisenjahr 1968. Hrsg. von Stefan Karner u.a. Bd. 1 Beiträge; Bd. 2 Dokumente. (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderbände 9/1 und 9/2). Böhlau Verlag, Köln u.a. 2008. 2894 S. (€ 99,80).

Die gewaltsame Niederschlagung der Reformbewegung in der Tschechoslowakei im August 1968 durch die Truppen des Warschauer Paktes bildete einen Wendepunkt in der Geschichte des Kommunismus, mehr noch als die ungarische Tragödie von 1956. Dementsprechend ist es zu begrüßen, dass das Grazer Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung eine monumentale, zweibändige Edition herausgegeben hat, in der dieses Ereignis in vielen seiner Facetten erläutert und wichtigste Dokumente publiziert werden.

Der erste Band umfasst Beiträge von über 70 Historikern aus vielen Ländern der Welt, darunter namhaften Vertretern des Faches, sowie von Zeitzeugen; abschließend wird auf die tschechische und die slowakische Erinnerung an die Ereignisse nach 1989 eingegangen. Im zweiten Band werden 232 Dokumente aus fast 40 Archiven, vor allem russischen, aber auch tschechischen, deutschen, polnischen, englischen und US-amerikanischen, vorgestellt. Der Zugang zu russischen Archiven ermöglichte es, dass wichtige Protokolle der Gespräche zwischen der sowjetischen und der tschechoslowakischen Parteispitze, die in der Zeit vom 23. bis zum 26. August 1968 in Moskau stattfanden, hier zum ersten Mal vollständig bzw. überhaupt publiziert werden konnten.

Die im ersten Band präsentierten Forschungsergebnisse werden in einem klar strukturierten und gut lesbaren einführenden Kapitel zusammengefasst (Stefan Karner, Günter Bischof, Manfred Wilke, Peter Ruggenthaler: Der „Prager Frühling“ und seine Niederwerfung. Der internationale Kontext, Bd. 1, S. 17-67). Demnach seien die Würfel zum Einmarsch bereits Mitte Juli 1968 bei der Besprechung der Anführer der kommunistischen Parteien der UdSSR, der DDR, Polens, Bulgariens und Ungarns in Warschau gefallen. Den entscheidenden Auslöser für den Einsatz militärischer Mittel habe aus Sicht der Sowjetunion die Publikation des freiheitlichen „Manifests der 2000 Worte“ am 27. Juni in Prag gebildet (S. 37; ähnlich: Michail Prozumensčikov: Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU, Bd. 1, S. 205-241). Die darauffolgenden Gespräche zwischen den Vertretern der sowjetischen und der tschechoslowakischen Führung in Čierná nad Tisou und Bratislava Ende Juli/Anfang August, in deren Verlauf Letztere versprach, „disziplinierende Maßnahmen“ durchzuführen, brachten lediglich eine vorübergehende Entspannung. Die Unfähigkeit bzw. der Unwille der tschechoslowakischen Seite, die Situation unter Kontrolle zu bringen, führte am 17. August zu der Entscheidung über den Einmarsch. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Vertreter der kommunistischen „Bruderparteien“, vor allem Ulbricht und Gomułka, die vehement einen Truppeneinmarsch forderten (S. 37 u. 65).

Ungeachtet der Intervention, ging der politische Plan nicht auf – wegen des zivilen Widerstands der Bevölkerung erwies es sich als unmöglich, die damalige tschechoslowa-

kische Führung durch eine bedingungslos moskautreue zu ersetzen. Aus diesem Grund entschieden die Sowjets, den unter seinen Landsleuten sehr beliebten Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Alexander Dubček, im Amt zu lassen. Auch an dieser Entscheidung waren die Führer der anderen kommunistischen Parteien beteiligt, vor allem Gomułka, der den perfiden Vorschlag machte, dass Dubček „ausgenutzt werden muss, [...] um ihn zu kompromittieren, damit der Einfluss, den er noch hat, untergraben wird“ (Bd. 1, S. 734, zit. nach: Protokoll der Gespräche der KPdSU mit den „Bruderparteien“ in Moskau am 24.08.1986, Bd. 2, S. 885). So geschah es auch. Dubček durfte bis April 1969 im Amt bleiben und die Reformen Schritt für Schritt abbauen. Die quellen-gesättigte Rekonstruktion des Entscheidungsprozesses unmittelbar nach dem Einmarsch am 20. August von Peter Ruggenthaler und Harald Knohl ist eine der Stärken dieser Edition (siehe das Kapitel: Die Moskauer „Verhandlungen“, Bd. 1, S. 717-737).

Von den zahlreichen Aufsätzen, die den internationalen Kontext der Ereignisse erläutern, seien an dieser Stelle die Darstellungen der amerikanischen, französischen und west-deutschen Reaktionen zu erwähnen (Günter Bischofs: „No Action“. Die USA und die Invasion in der Tschechoslowakei, S. 319-354; Georges-Henri Soutou: Paris und der „Prager Frühling“, S. 355-364; Horst Möller: Die Bundesrepublik und der „Prager Frühling“, S. 549-559). Die USA, geschwächt sowohl infolge der inneren Spannungen als auch durch den Krieg in Vietnam, waren nicht bereit, wegen des Einmarschs eine Krise mit unabsehbaren Folgen zu riskieren (vgl. die gelungene Zusammenfassung der amerikanischen Position auf S. 336). Stattdessen wurde Moskau zugestanden, den eigenen Machtbereich zu stabilisieren. Für de Gaulle war es offensichtlich, dass es sich „um Streitigkeiten unter Kommunisten“ handle, und die im Ostblock liegende Tschechoslowakei war ihm nach eigenen Worten „egal“ (S. 361). In den Vorstellungen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs verhaftet, sah er die größte Gefahr nicht von der Sowjetunion, sondern von der Bundesrepublik ausgehen. Diese wiederum – so Möller – wollte wegen der Invasion nicht die gerade aufkeimende Entspannungspolitik aufs Spiel setzen (S. 555).

Die im zweiten Band publizierten Dokumente sind in zehn Abschnitte unterteilt und zweisprachig – in Russisch sowie in Deutsch bzw. Englisch – ediert. Leider erschwert das Fehlen eines detaillierten Quellenverzeichnisses die Orientierung, insbesondere, weil die Dokumente nicht chronologisch, sondern thematisch präsentiert werden. Verwirrend wirkt die Veröffentlichung der tschechoslowakischen Proteste gegen den Einmarsch im Kapitel „Internationale Reaktionen“ (Bd. 2, S. 1107-1113).

Der „Prager Frühling“ war ein gesellschaftliches Phänomen, eine breit getragene Hoffnung, in der Tschechoslowakei eine offene, liberale Öffentlichkeit zu schaffen. Wenig kommt davon in der Publikation zum Ausdruck. Lediglich Ordřich Tůma geht in seinem Aufsatz (Die Dubček-Ära, Bd. 1, S. 81-92) darauf ein. Der Fokus der Publikation liegt auf der Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Machteliten des Ostblocks, und aus diesem Zusammenhang stammen auch die meisten publizierten Quellen. Dieses Ungleichgewicht in der Darstellung bildet ein relevantes Manko der Edition. Abgesehen davon ist sie jedoch ein grundlegendes und für jeden interessierten Forscher unersetzbares Werk.

Berlin – Frankfurt/Oder

Bernard Wiaderny

Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900-2007. Hrsg. von Dieter Bingen, Peter Oliver Loew und Nikolaus Wolf. (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Bd. 25.) Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2008. 339 S., 27 Tab., 4 Abb., 3 Ktn. (€ 28,-)

Der Begriff ‚politische Ökonomie‘ hat eine wechselvolle Geschichte und deshalb heute eine Vielzahl von Inhalten. Im vorliegenden Tagungsband wird er offenbar in seiner weitesten Bedeutung thematisiert, um die Wechselwirkungen von Politik und Wirtschaft in